

Gaps in the implementation of the International Health Regulations (IHR 2005).

Implications for Switzerland from a health security perspective

Die Angst vor sich global ausbreitenden übertragbaren Krankheiten ist in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Thema der schweizerischen und globalen Gesundheitspolitik geworden. Im Mittelpunkt der weltweiten Anstrengungen zur Bekämpfung möglicher Pandemien stehen die Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV 2005), die im Jahr 2005 durch die Weltgesundheitsorganisation verabschiedet worden sind. Diese verpflichten Staaten zum Aufbau mehrstufiger Surveillance-Systeme zur frühzeitigen Ausbruchskontrolle und –Bekämpfung innerhalb ihrer Landesgrenzen. Mehr als ein Jahrzehnt nach der Annahme der Vorschriften bleibt deren Umsetzung jedoch lückenhaft, da viele Staaten nicht über ausreichende Ressourcen verfügen, um die geforderten Strukturen zu schaffen. Zudem bilden die IGV (2005) nur einen Mosaikstein der globalen Gesundheitssicherheit, während andere Aspekte – besserer Zugang zur medizinischen Grundversorgung insbesondere in Entwicklungsländern, Zugang zu essentiellen Medikamenten usw. – zu wenig Aufmerksamkeit erhalten.

Die vorliegende Arbeit geht der Frage nach, wie sich diese Situation auf die Schweiz auswirkt und welche Massnahmen in der Schweiz bislang getroffen wurden, um einen ausreichenden Schutz vor übertragbaren Krankheiten zu gewährleisten. Anhand von rund einem Dutzend semi-strukturierten Interviews mit Gesundheitsexperten auf verschiedenen Ebenen des schweizerischen politischen Systems versucht die Arbeit aufzuzeigen, dass durch Reformen wie etwa in Bezug auf das Epidemiengesetz oder die nationale und kantonale Pandemievorsorge wesentliche Verbesserungen erzielt worden sind. Gleichzeitig machen die Interviews sowie die Auswertung relevanter Literatur deutlich, dass auch in der Schweiz auf politischer-administrativer Ebene, in Bezug auf Pläne und Szenarien, in der Risiko- und Krisenkommunikation sowie im Bereich der medizinischen Grundversorgung weitere Schritte möglich sind, um den Schutz vor so genannten „public health emergencies of international concern“ zu verbessern.